



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XI/124 - 2. Juni 1956

Hinweise  
auf den Inhalt:

Zum Rücktritt Molotows	S. 1
Mittelöstliche Beruhigung auf Zeit	S. 2
Ausweichmanöver der Ulbricht-Grotewohl	S. 4
Westberliner Entgleisung gegen Ostbüro	S. 7

B O N N, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0 866 890

## Wachablösung in Moskau

sp. Als im späten Frühjahr 1939 der langjährige sowjetische Außenminister Litwinow von der Bildfläche verschwand und durch Molotow ersetzt wurde, ahnten wohl die wenigsten Kenner, dass sich damals mehr als nur ein Personalwechsel im sowjetischen Außenministerium vollzog. Zehn Jahre lang hatte Litwinow die sowjetrussische Außenpolitik geleitet. Unter seiner Aegide erfolgte der Beitritt der Sowjetunion zum Völkerbund, der Abschluss eines französisch-russischen Beistandspaktes (der nie in Funktion trat) und der Versuch, gegen das erstarrte und alle bedrohende Dritte Reich eine Allianz zwischen Frankreich, Grossbritannien und der Sowjetunion zu errichten. Dieser Versuch scheiterte. Stalin zog ein Bündnis mit Hitler vor. Als Repräsentant der kollektiven Sicherheit und Zusammenarbeit im Völkerbund eignete sich Litwinow nicht als Verhandlungspartner - er musste über die Klänge springen und Molotow weichen.

Mit ihm endete und begann eine neue Epoche der russischen Außenpolitik. Sie ist gezeichnet durch die Übertragung stalinistischer Intransigenz, Härte und Starrheit auf die Beziehungen zur Ausserwelt. Unter Stalin und Molotow wuchs die Sowjetunion, auch eine Folge des zweiten Weltkrieges, zur Weltmacht heran, an Macht und Einfluss nur noch von den Vereinigten Staaten übertroffen. Zwar steht unter den Unterzeichnern der Gründungsurkunde der UNO auch die Unterschrift eines Molotow, doch vom Geiste aufrichtiger internationaler Zusammen-

arbeit war in den Handlungen der Sowjetunion in den folgenden Jahren kaum ein Hauch zu spüren. Unter Stalin und dem Stalinismus fiel Russland in die Mentalität einer belagerten Festung zurück, zwischen sich und den Nachbarn errichtete es mit dem Niedergehen des Eisernen Vorhangs eine Mauer des Misstrauens und der Feindseligkeit. Im eisigen Klima des Kalten Krieges fühlte sich Molotow zuhause, hier brachte er es zur strategischen und taktischen Meisterschaft. Seine Njets machten Weltgeschichte.

Mit dem 50jährigen Dimitri Trefimowitsch Schepilow tritt ein Mann der neuen Generation an die Spitze der sowjetrussischen Aussenpolitik - einer Generation, die die russische Revolution als Kind erlebte, vom Stalinismus geprägt wurde, aber nun im Begriff ist, über ihn hinauszuwachsen. Neben Sußlow lieferte der bisherige Chefredakteur der "Prawda" die eigentliche und detaillierte Begründung und Interpretation des neuen mit dem Diadochenpaar Chruschtschow und Bulganin begonnenen Kurses. Direkte Auslandserfahrungen, wie seine Reisen nach Peking, Belgrad und Kairo mögen sein stalinistisches Weltbild aufgelockert haben. Durch Stalin drohte der Sowjetunion die Gefahr der Isolierung, seine Ansicht von der Welt und ihren bewegenden politischen Kräften liessen sich mit den Erfordernissen des Atomzeitalters nicht mehr vereinbaren. Sichtbarer Ausdruck dieses in seinen Wirkungen noch unübersichtbaren Wandels war die Versichterklärung von Westen und Osten auf den Krieg als ein Mittel der Politik auf der Genfer Gipfelkonferenz. Im bedrückenden Schatten von A- und H-Bomben richteten sich die Mächtigen dieser Welt auf ein Neben- und Miteinanderleben ein, das gewiss nicht frei von Reibungen und Konflikten sein wird, aber die äusserste, weil für alle gefährlichste Form der Gewaltanwendung ausschaltet.

Die Ernennung Schepilows ist die zwangsläufige Folge der seit Stalins Tod in der Sowjetunion eingetretenen Veränderungen. Mit ihm beginnt wieder ein neuer Abschnitt in der wechselvollen sowjetrussischen Aussenpolitik; elastischere Methoden und vielleicht auch grössere Aufgeschlossenheit werden bisherige Dogmen und Starrheit ersetzen. Inwieweit die verfahrenre Deutschlandfrage durch die Wechselösung in Moskau aufgelockert werden kann, lässt sich noch nicht abschätzen. Aber die deutsche Politik sollte mit allergrösster Aufmerksamkeit ihren Blick auf Moskau lenken, allein schon, um keine Chancen zu versäumen, die sich durch den Abgang Molotows für neue Initiativen in der Deutschlandfrage vielleicht ergeben.

### Hammarskjölds Mission und ihr begrenzter Erfolg

Dr. R. Wenn sich jetzt der Sicherheitsrat mit der Mission Generalsekretärs Hammarskjöld beschäftigt, so wird neben einer Verbeugung vor dem Schweden nicht sehr viel herauskommen. Denn ein Konflikt im Nahen (oder Mittleren) Osten liegt den Grossmächten auf absehbare Zeit gar nicht in ihrem Programm, den USA und der Sowjetunion nicht, ebensowenig auch Grossbritannien und Frankreich. Auf wen käme es aber sonst noch an?

Das widerspricht zwar den Vorstellungen, die die beunruhigenden Grenzzwischenfälle erweckten. Denn sie wuchsen doch aus nationalistischen Ursachen und schienen die interessierten Grossmächte zu beunruhigen, so sehr, dass sie sich veranlasst sahen, für eine Beschwichtigungsreise des UNO-Generalsekretärs Sorge zu tragen. Ohne einen Londoner Besuch von "B und C" wären dabei vielleicht Schwierigkeiten entstanden. Aber konnte die Sowjetunion Interesse daran haben, einen arabisch-israelischen Konflikt sich entwickeln zu sehen in einem Augenblick, da es der russischen Politik zum ersten Male gelungen war, ihr politisches Interesse am nächstlichen Raum mindestens durch Grossbritannien bestätigt zu finden?

Die Entfremdung zwischen Kairo und Moskau nach der London-Erklärung von "B und C", ob sie nun gespielt oder echt ist, rührt daher, dass Nasser bemerkte, den Sowjets passt ein militärischer Konflikt um die Palästina-Krisenzone ebensowenig in ihr Zeitprogramm wie den USA. Diesen Raum wollen beide Grossmächte nicht aus ihrer Einflusssphäre entlassen, die USA nicht, weil ein arabischer Sieg über Israel den Ölbesitz fraglich machen würde, die Sowjets nicht, weil sie erst einmal ihre Rolle in diesem Teil der Welt ausgiebig zu spielen gedenken, die ihnen dank des Entgegenkommens Edens so unerwartet in den Schoß fiel. Dass kein nächstlicher Staat auf diese Weise aus seinen Beziehungen zu den Grossmächten entlassen wird, war es, was Nasser schockierte.

Hammarskjöld fiel seine Schiedsrichter-Rolle keineswegs automatisch zu. Aber die Dreimächte-Erklärung von 1950 gefiel allen drei westlichen Unterzeichnern nicht mehr; solche persönlichen Engagements und Verantwortlichkeiten hatten sie sechs Jahre später in ihrer weltpolitischen Bewegungsfreiheit genehmigt. Denn diese Fähigkeit wird heute überall gross geschrieben. Sie gebiert in den Hauptstädten der Welt Unorientierungen, deren Ausmass noch nicht abzusehen ist, auch und gerade in den USA, wo

selbst der so unbewegliche und auf seine bisherige Linie eingeschworene Aussenminister Kiene macht, sich in seinem Stuhl etwas anders zu placieren, damit nach den Wahlen auch nach aussen eine andere Haltung eingenommen werden kann, falls es die Umstände erfordern. Mit einem Wort: Hammarskjöld kam im Nahen Osten zum Zuge, weil die Grossmächte nicht zum Zuge kommen wollten. In seiner Zuständigkeit ist der Konflikt um Palästina gut und sicher untergebracht, um zerredet oder zu den Akten genommen zu werden. Dazu wird auch die Behandlung der Frage durch den Sicherheitsrat gehören, ohne dass es unmöglich ist, dass die Sowjetunion einen Versuch macht, um durch eigene Vorschläge als Friedensstifter im Nahen Osten sich einen Namen zu machen.

Dass Hammarskjölds Reise auch nicht die Spur einer Lösung brachte, geht auch aus der Fortdauer der Waffenlieferungen an beide Parteien hervor. Trotz lauten Geredes um ein Waffenembargo liefern alle Grossinteressenten weiter, die Sowjets an Ägypten und Frankreich in Stellvertretung der USA an Israel. Man kann es so formulieren, wenn man hinzuzählt, dass auch der Irak weiterhin britische Waffenlieferungen erhält: Jeder bewaffnet seinen Araber bzw. Israeli. Denn um das Ganze zu komplizieren, will sich der Generaldirektor des israelischen Aussenministeriums nach Moskau begeben, um über sowjetische Waffenlieferungen an Israel bei Molotow seine Fühler auszustrecken.

Vorherrschend ist allerdings der Wunsch der Grossen, dass es zur unpassenden Zeit und an unpassenden Ort nicht zu einer Auseinandersetzung kommt. Sie haben alle auf Entspannung Kurs genommen. In der eigenen Hauptstadt fällt das schwerer als in der anderen, wo man beweglicher ist oder nur die eigene Schwäche besser kennt. Das ist die Ursache der Abbestellung militärischer Auseinandersetzungen im Nahen Osten. Sie würden derzeit nicht ins Weltbild passen. Aber weil die örtliche Entspannung um Palästina sozusagen auf ärztlichem Wege verordnet wurde, ohne dass die Symptome beseitigt wurden, ist die neue Lage nicht nur trügerisch, sondern wahrscheinlich kurzfristiger als alle Interessenten wünschen. Darüber sollte sich niemand Täuschungen hingeben. Sie würden im Nichts zusammenbrechen, wenn sich die Wünsche der Grossmächte, derzeit in Nahost nichts zu riskieren, ebenso schnell wieder verflüchtigen sollten wie sie gekommen waren. Dann werden sie sich daran erinnern, dass auch im Nahen Osten alles in der Schwebe geblieben war.

Ablenkung auf die Bezirkstage

sp. Das "Neue Deutschland" erweckte dieser Tage mit einem sensationellen Bericht über eine neuartige Sitzung des Erfurter Bezirkstages - die Bezirkstage sind etwa mit den westdeutschen Länderparlamenten vergleichbar - den Eindruck, als ob künftig diese Bezirkstage die Überwachung und Kritik des bezirklichen Regierungsapparates zu übernehmen hätten, also eine Funktion, die auch im parlamentarisch-demokratischen Staate den Volksvertretungen zukommt.

Was das SED-Zentralorgan als "Demokratisierung" in den Bezirkstagen demonstriert, ist tatsächlich im Vergleich zur bisherigen Praxis dieser Körperschaften aufsehenerregend genug. Im Gegensatz zu der bisherigen Praxis, die Bezirksmitglieder den Erklärungen und Rechenschaftsberichten der Staatsfunktionäre lediglich mit 'stürmischem Beifall' zustimmen zu lassen, brachte der Erfurter Bezirkstag jetzt eine sehr scharfe Kritik am Rat des Bezirkes, vergleichsweise also der Landesregierung. Das "Neue Deutschland" berichtete, die Mitglieder des Bezirkstages hätten in offenem Widerspruch zu einzelnen Stellungnahmen der Erfurter Regierungsfunktionäre bewiesen, dass man künftig eine "Bevormundung der Volksvertretung" nicht mehr dulde. Ja noch mehr: der Bezirkstag hätte die Behauptung der Regierungsvertreter, dass die Kritik, die die Bevölkerung in Briefen an der staatlichen Verwaltung übe, "inhaltlich nicht richtig" sei, zurückgewiesen und sogar den verantwortlichen Funktionär für landwirtschaftliche Fragen aufgefordert, in der nächsten Sitzung mit einem neuen Bericht vor dem Bezirkstag zu erscheinen, da man sich nicht mit "unkonkreten Angaben abspesen lassen könne."

Offenbar versucht Pankow mit dem Beispiel dieser neuartigen Sitzung des Erfurter Bezirkstages, den lt. "Neues Deutschland" auch in den übrigen Bezirken ähnliche Tagungen folgen sollen, das Bild einer "Demokratisierung" entstehen zu lassen. Ulbrichts Zeitung kommentiert das Erfurter Ereignis mit der in ihrer Absicht eindeutigen Bemerkung, aus den Briefen der Werktätigen an den Bezirkstag gehe hervor, welches Vertrauen die Volksvertretung genieße. Dass der Bezirkstag das oberste Machtorgan in seinem Bereich sei, hätten die Briefschreiber sehr gut verstanden, besser vielleicht als mancher Staatsfunktionär.

Das Drängen der sowjetzonalen Bevölkerung und auch breiter Kreise

der SED, die so laut proklamierte Abkehr von der Stalin-Diktatur auch in der Zone zu praktizieren, wie es bereits im benachbarten Polen weitgehend geschehen ist, möchte Pankow dadurch abfangen, dass man auf der mittleren Ebene des Staatsapparates den Anschein erweckt, als ob Vertreter der Bevölkerung künftig das Recht haben, die staatlichen SED-Funktionäre in ihrer Arbeit aufs genaueste zu kontrollieren und das letzte Wort über Regierungsmassnahmen zu sprechen.

Abgesehen davon, dass auch die Bezirkstage keine demokratisch gewählten Organe, sondern nur von der kommunistischen "Nationalen Front" bestimmte "Vertretungen des Volkes" sind, muss es einleuchten, dass die jetzt zugelassene Kritik lediglich regionale Verwaltungsbefugnisse derjenigen Funktionäre betreffen kann, die die von dem ZK der SED bzw. der Pankower Regierung verkündeten politischen Richtlinien und Gesetze im lokalen Bereich durchzuführen haben. Gerade unter den unveränderten Führungsverhältnissen in der Zone liegt der Verdacht nahe, von den Schwierigkeiten in den zentralen Instanzen und den für diese geforderten Massnahmen abzulenken.

+ + +

Der Bundestagsabgeordnete Richard Kinat, Vorsitzender des Landesausschusses der Arbeitsgemeinschaften vertriebener Sozialdemokraten, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte in Lande Nordrhein-Westfalen, schreibt uns:

Fall Greve kein Fall SPD

Die Bundestagsfraktion der SPD hat sich mit den Entgleisungen ihres Mitgliedes Dr. Heinrich Otto Greve nachhaltig beschäftigt. Danach besteht nicht der geringste Zweifel, dass sie von seiner Privatmeinung nichts gutheset. Sie hat durch ihr aus diesem Anlass abgefasstes Kommuniqué die Öffentlichkeit wissen lassen, dass sie, wie immer, das Heimatrecht der Vertriebenen bejaht. Zu Lebzeiten von Dr. Schumacher und bis heute hat sich daran nichts geändert, und wenn ein Sozialdemokrat, wie Dr. Greve, privat sich davon ausnimmt, dann bedauert das keiner mehr als die SPD.

Nachdem uns der Ausgang des verbrecherischen Hitlerkrieges die böse Erbschaft hinterlassen hat, unter der gerade die Heimatvertriebe-

nen und Flüchtlinge besonders leiden, hat es die SPD als eine ihrer wichtigsten und vornehmsten Aufgaben angesehen, die Nöte und Leiden dieser kriegsgeschädigten Volkskreise, soweit das in ihrer Macht stand, zu mildern bzw. zu beheben. Zehntausende von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen, die als Mitglieder der SPD tatkräftig dabei mithelfen, werden in ihrer Treue zur Partei auch durch den Fall Dr. Greve nicht schwankend werden. Sie wissen es am besten, wie böse es mit der Wiederherstellung ihres Rechts auf ihre Heimat und mit der Durchsetzung ihrer Rechtsansprüche auf allen ihren Lebensgebieten noch aussieht. Hätte die Bundesregierung in den Jahren, in denen sie bisher gewirkt hat, auch nur in etwa sich die Haltung und Einstellung der SPD zu den Problemen der Kriegsgeschädigten zu eigen gemacht, es stände besser um diese Volkskreise. Bisher haben sie trotz Lastenausgleich nur an den Lasten und den Kosten aus dem Hitlerkrieg getragen. Sie auch nur im geringsten als Nationalsozialisten und Raubzüge auf fremde Gebiete zu betrachten, bzw. zu bezichtigen, ist frivol. Wenn leider ein Mitglied der Bundesregierung, Herr von Brentano, den Startschuss in der Frage des Anspruchs der Heimatvertriebenen auf ihre Heimat in so problematischer Art und Weise losließ, dann dürfte das ein Sozialdemokrat mit seiner Privatmeinung nicht noch so eigenartig kommentieren.

Bei den Heimatvertriebenen und Flüchtlingen, die so viel verloren haben was ihnen hoch und heilig war, und dazu gehörte doch unstreitig ihre Heimat, sollte man von keiner Seite, besonders, wenn man nicht dazu berufen ist, auch nur Zweifel aufkommen lassen, dass sich Rechtsansprüche auf die Heimat überleben können.

Das muss immer wieder gesagt werden, dass sowohl die Wiedervereinigung als auch die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 grundsätzlich ein Anliegen des ganzen deutschen Volkes ist. Eine solche Auffassung vom nationalen Lebenswillen und Heimatrecht hat nichts mit Nationalismus zu tun. Wir achten uns als deutsches Volk selbst, wenn wir bestrebt sind, das, was uns die Väter und Vorväter zu treuen Händen hinterliessen, mit friedlichen Mitteln wieder neu zu erwerben, um es zu besitzen.

Sensationsblatt ausgerutscht

sp. Der Chorus der kommunistischen Stimmen, der gegen das Ostbüro der SPD schimpft, verleumdet und diffamiert, ist um eine Stimme bereichert worden. Diesmal sogar um eine "westliche". Ein westberliner Sensationsblatt mischte sich in einen Prozess ein, der kürzlich vor dem Arbeitsgericht am Reichpietsch-Ufer ausgetragen wurde. Dort hatte ein ehemaliger Mitarbeiter des Ostbüros sein zuständiges Arbeitsamt verklagt, weil es ihm die seiner fristlosen Entlassung folgenden vier Wochen keine Unterstützung gezahlt hatte. Nebenbei, das pflegt bei fristlosen Entlassungen der Fall zu sein.

In Hintergrund des Prozesses wurden Verbindungen des Klägers sichtbar, die zu einem westlichen Geheimdienst führten. Das Ostbüro, das solche Verbindungen ablehnt und den begründeten Verdacht hatte, dass hier Geheimnisverrat - wenn nicht schlimmeres - vorlag, hatte eben diese Verbindungen als Grund genommen, den Mann fristlos vor die Tür zu setzen. Wie begründet der Verdacht des Ostbüros war, zeigte sich schon darin, dass der Entlassene von seinem Recht, gegen die fristlose Entlassung zu klagen, keinen Gebrauch gemacht hatte. Er strengte einen Prozess um Unterstützungstragen an. Für das Ostbüro wäre der Fall damit erledigt gewesen, wenn nicht besagtes Sensationsblatt eine Möglichkeit gewittert hätte, die Sache gross auszuschlachten: Die Zeitung wirft dem Ostbüro vor, es hätte mit dem Rausschmiss den Entlassenen "beinahe dazu provoziert" - so heisst es wörtlich - zum SSD zu gehen und Geheimnisverrat zu üben. Ergo - weil der Mann unzuverlässig war, weil er mit zweifelhaften Diensten zusammenarbeitete, hätte man ihn halten müssen. Dem damit gedient worden wäre, mag jeder selbst überlegen.

Das Ostbüro ist für Sauberkeit. Als politisches Instrument einer deutschen Partei musste es handeln, wie es gehandelt hat, denn es ist keine Geheimagentur irgendwelcher Spionagedienste. Wer in solcher Tätigkeit sein Heil sieht, ist beim Ostbüro an der falschen Stelle. Diese einfachen Tatsachen hätten die Reporter des Sensationsblattes erfahren können, wenn sie sich um die Ermittlung der Wahrheit bemüht hätten. Sie hielten es nicht für nötig. Die Sensation war ihnen wichtiger, auch wenn diese Sensation unwahr ist und überdies politisch jenen Kräften Wasser auf die Mühlen treibt, die nur darauf warten, bei unausgewählten Stellen zu finden, um einbrechen zu können. Im "Neuen Deutschland" wird das Echo auf die falsche Sensation nicht auf sich warten lassen.

+ + +

Verantwortlich : Peter Baunau